

Neuer Fortschritt ist möglich

Ein Jahrhundert der Nachhaltigkeit oder ein Jahrhundert der Gewalt

Von Michael Müller

Die Politik ist gefordert

Günter Grass trug vor der SPD-Bundestagsfraktion seine Sicht der politischen Lage vor. Besonders heraus stellte der Literaturnobelpreisträger einen Satz aus dem neuen Grundsatzprogramm der SPD: „Dieses Jahrhundert wird entweder ein Jahrhundert des sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Fortschritts, der allen Menschen mehr Wohlfahrt, Gerechtigkeit und Demokratie eröffnet. Oder es wird ein Jahrhundert erbitterter Verteilungskämpfe und entfesselter Gewalt“. Nach Grass beschreibt er die Zuspitzung unserer Zeit.

Die Schlüsselfrage der Moderne ist die soziale Bändigung von Gewalt. Ihre Zivilisierung erfordert nach Norbert Elias eine soziale Verregelung der Prozesse in Wirtschaft und Gesellschaft. Nach harten Auseinandersetzungen wurde im letzten Jahrhundert der Sozialstaat erkämpft, der Wohlfahrt, Beschäftigung und Demokratie miteinander verband. Heute müssen dafür neue Wege gegangen werden. Denn nachdem im 19. Jahrhundert die menschliche Arbeitskraft ausgebeutet wurde, konnten im 20. Jahrhundert die soziale Frage und das Beschäftigungsproblem nicht zuletzt durch eine gigantische Ausplünderung der Natur entschärft werden. Das ist heute vorbei.

Mit dem gewaltig gestiegenen Verbrauch der natürlichen Ressourcen wird immer deutlicher: Die Naturvergessenheit holt uns in aller Schärfe ein. Im letzten Jahr hat der vom Menschen verursachte Klimawandel die Schlagzeilen beherrscht, in diesem Jahr werden es steigende Energie- und Rohstoffpreise sein. Und künftig wird der Handlungsdruck gewaltig sein, wenn die nachholende Naturzerstörung großer, bevölkerungsreicher Erdregionen fortgesetzt wird. Das heißt: Den bisherigen Weg von Wachstum und Modernisierung können wir nicht mehr fortsetzen. Wir müssen neue Wege gehen, auch um die erreichten sozialen Errungenschaften nicht zu verspielen.

In der Globalisierung wird ein gutes Leben nur möglich werden, wenn die Dynamik der Wirtschaft in Einklang gebracht wird mit den sozialen, ökologischen und kulturellen Anforderungen an ein gutes Leben für alle. Das ist zuerst eine Herausforderung an die Politik. Dafür müssen die Produk-

tivkräfte Arbeit, Kapital und Technik so gestaltet werden, dass sie die Natur schützen, Arbeitslosigkeit verhindern und mehr Gerechtigkeit ermöglichen. Die intelligente Nutzung von Energie und Ressourcen wird zur Schlüsselfrage des 21. Jahrhunderts. Dagegen ist das vorherrschende Modell von Wachstum nicht zukunftsfähig:

- Die Grenzen in der Nutzung vieler Rohstoffe rücken schnell näher. Sie sind bereits durch höhere Preise erfahrbar. Künftig werden sie noch stärker in das Bewusstsein der Produzenten, Dienstleister und Konsumenten rücken. Allein zwischen 2000 und 2007 hat sich der Preis für Rohöl verfünffacht. Mittelfristig werden sich Engpässe bei der Bereitstellung vieler Rohstoffe ergeben. Angesichts des wachsenden Bedarfs durch technologische Entwicklungen (z. B. spezifische Materialien für den Computer- und Elektronikbereich) und durch die steigende Nachfrage aufgrund der Aufholjagd in China, Indien, Brasilien oder Mexiko ist mit zunehmenden Knappheiten und mit deutlich höheren Preisen zu rechnen. Umgekehrt heißt das: Die Zukunft der Weltwirtschaft hängt ab von einem Umbau hin zur intelligenten, das heißt sparsamen und effizienten Nutzung der Ressourcen und dem Übergang in eine solare Versorgung.
- Das Ökosystem Erde stößt als Aufnahmemedium an seine Grenzen. Die Naturkreisläufe geraten aus dem Lot. Wertvolles Naturkapital wird vernichtet. In der Folge kommt es zu Gegenreaktionen, aus denen ein Öko-Kollaps werden kann. Der globale Klimawandel hat in den letzten Jahren eine qualitativ neue Dimension angenommen, so dass die Prognosen über die Erwärmung der Erde nach oben korrigiert werden mussten. Die Zeit für Gegenmaßnahmen wird knapp.
- Zudem werden die Folgen der Anreicherung von Treibhausgasen in der Atmosphäre erst vier bis fünf Jahrzehnte später sichtbar, so dass der Klimawandel kurzfristig nicht zu stoppen ist. Derzeit weist die Atmosphäre eine Kohlenstoffkonzentration von 383 ppm auf. Sie steigt pro Jahr um weitere 2 ppm an. Danach wird die Anreicherung spätestens im Jahr 2040 bei 450 ppm liegen, was bedeutet, dass der vom Menschen verursachte Temperaturanstieg im globalen Mittel bei 2 Grad Celsius liegen wird. Wir sind am Rande eines Abgrunds.
- Durch die nachholende Industrialisierung großer Erdregionen und das anhaltende Bevölkerungswachstum spitzen sich die Zugangs- und Nutzungskonflikte um endliche und knapper werdende Rohstoffe zu. Ressourcenkriege um Öl, aber auch um andere Ressourcen werden zu einer realen Gefahr. Die Ursachen liegen nicht nur in den Macht- und Wohlstandsinteressen, sondern auch in den einfallslosen und verschwenderischen Wirtschafts- und Le-



bensweisen der Industriestaaten, die von den sich entwickelnden Ländern nachgeahmt werden. Diese Quantität bedeutet auch eine neue Qualität der Folgen.

- Generell dreht sich die Welt weg von der bisherigen Ordnung und Hierarchie. War sie in den vergangenen Jahrhunderten von den Ländern des Nordens geprägt, beginnt nun der Süden die Entwicklung der Erde zu bestimmen; sowohl durch Migrationsdruck, z. B. durch die Armut des afrikanischen Kontinents, als auch durch die Wachstumsdynamik der erwachenden Riesen Indien und China. Zwar liegt die Pro-Kopf-Emission in China nur bei einem Fünftel des amerikanischen Wertes, aber dennoch wird schon im nächsten Jahrzehnt das Reich der Mitte der größte Umweltverschmutzer sein.
- Über 50 Prozent der Kosten im produzierenden Gewerbe sind Material-, Energie- und Rohstoffkosten. Dagegen liegen die Lohnkosten im verarbeitenden Gewerbe deutlich unter 25 Prozent, denn seit 1960 wurde eine Steigerung der Arbeitsproduktivität um den Faktor vier erreicht. Die Materialproduktivität stieg nur um den Faktor zwei, die Energieproduktivität sogar nur um den Faktor 1,5. Die massive Steigerung der Energie- und Ressourcenproduktivität ist nicht nur ökologisch notwendig, sondern auch ökonomisch und sozial sinnvoll: Sie leistet einen Beitrag zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit und zur Senkung der Arbeitslosigkeit, weil Energie, Material und Rohstoffe durch bessere Technik und qualifizierte Arbeit ersetzt werden. Durch Kostensenkungen und geringere Importabhängigkeit verbessert sie die Leistungskraft der Unternehmen wie der Volkswirtschaft.

Diese Erkenntnisse sind ein tiefer Einschnitt, denn der massenhafte Einsatz billiger Energie und Rohstoffe war das Schmiermittel des Industriezeitalters, der Schlüssel für Wohlstand und Fortschritt. Jetzt stehen wir am Beginn eines Jahrhunderts der Ökologie, denn die Ausbeutung der Natur ist an einen Punkt gekommen, an dem das bisherige Wachstum in Krisen und Zusammenbrüche umschlägt. Für die Politik heißt das: Entweder wir steuern im Sinne von Günter Grass um in eine nachhaltige Zukunft, deren Voraussetzung die sozialökologische Gestaltung der Wirtschaft ist, oder es bleibt nur die nachträgliche Anpassung an eine radikal veränderte Welt mit weit reichenden Folgen für Wohlstand, Demokratie und Frieden.

Leitziel Nachhaltigkeit

Damit unsere Gesellschaft zukunftsfähig wird, braucht sie das Leitbild für einen neuen Fortschritt. Dabei geht es nicht um Teilkorrekturen, sondern um einen Weg der Modernisierung und Erneuerung, der in der Tradition der sozialen Demokratie steht und sie um die ökologische Dimension erweitert. Nachhaltigkeit

- übernimmt Verantwortung für das Leben künftiger Generationen. Insofern ist sie nicht vereinbar mit der Kurzfristigkeit, die heutige Entscheidungen prägt;
- sucht einen fairen Interessenausgleich zwischen Ökonomie, Sozialem und Ökologie. Sie ist das Gegenteil des Dominanzstrebens der Ökonomie, dem sich alles unterordnen soll;
- setzt auf Vielfalt und Dezentralität. Sie grenzt sich ab von dem Einheitsdenken des Postliberalismus, der kein Weltbild kennt;
- stärkt die Demokratie, weil sie den Gestaltungsspielraum der Politik erweitert und mehr Demokratie und Partizipation möglich macht, statt zu ihrer Entmachtung durch Machtkonzentration und Monopolisierung beizutragen.

Nachhaltigkeit ist ein Konzept, das mehr Freiheit, Gerechtigkeit und Wohlfahrt verwirklicht. Es ist der Weg, um die Globalisierung zu gestalten. Mit der Nachhaltigkeit werden die Weichen für ein Jahrhundert der Ökologie gestellt, das neuen Fortschritt möglich macht – durch Reformen in vier großen Bereichen:

1. eine Reform der Wirtschafts- und Unternehmensverfassungen, damit sie sozial- und umweltverträglich werden;
2. eine Neudefinition und Mobilisierung des technischen Fortschritts, der die ökologischen Notwendigkeiten für die Entfaltung ökonomischer und sozialer Chancen nutzt;
3. eine Gerechtigkeitspolitik, die die Lasten des Umbaus und die Chancen der neuen Märkte fair und gerecht verteilt, nicht nur innerhalb unserer Gesellschaft, sondern auch zwischen Nord und Süd, heutigen und künftigen Generationen;
4. ein kulturelles Verständnis von Freiheit und Verantwortung, dass der Endlichkeit und Begrenztheit des Naturkapitals Rechnung trägt. Gut leben heißt nicht, alles haben zu müssen.

Ökologische Herausforderungen sind auch soziale Herausforderungen. Und sie erfordern neben dem nationalen Umbau auch globale Antworten.

Klimaschutz ist auch Sozial- und Sicherheitspolitik. Nachhaltigkeit braucht starke politische Akteure, eine engagierte Zivilgesellschaft und Wirtschaftsregionen, die bei dieser Aufgabe vorangehen. Und sie braucht internationale Verträge unter dem Dach der Vereinten Nationen, die Egoismus und Kurzfristigkeit überwinden. Dafür sind ehrgeizige Ziele zum Schutz des Naturkapitals notwendig.

Die Gefahren wie Chancen zu erkennen, erfordert ein neues Verständnis von zeitlicher Verantwortung, ein Denken und Handeln in längeren Zusammenhängen sowie die Übernahme globaler Verantwortung. Statt mit einem vermeintlichen Gegensatz von Ökonomie und Ökologie haben wir es mit einem inneren Beziehungszusammenhang zu tun. So unterscheidet sich z.B. eine Energiepolitik, die nur kurzfristige Ziele verfolgt, grundsätzlich von einer langfristigen Strategie, die Versorgungssicherheit mit Effizienz und Umweltverträglichkeit verbindet.

Hier liegt der entscheidende Unterschied zur vorherrschenden Ideologie: Die Einbeziehung der Zukunft in die Entscheidungen der Gegenwart. Das ist der Kern der Nachhaltigkeit, die seit dem Brundtland-Bericht der Vereinten Nationen von 1987 und mit dem immer schnelleren Zusammenwachsen der Erde zur großen Leitidee für die sozialökologische Gestaltung der Globalisierung wurde. Dieses Zeitverständnis muss auch die Leitlinie für die Modernisierung unseres Landes sein.

Künftig wird es nur dann ein gutes und friedliches Leben geben, wenn ein zugleich sozial, ökologisch und ökonomisch nachhaltiges Wohlstandsmodell durchgesetzt wird, das den Kollaps unseres Planeten verhindert. Dazu muss der Staat auf neue wirtschafts-, technologie- und industriepolitische Instrumente zugreifen, wirksame Impulse setzen und innovative Rahmenbedingungen schaffen. In der Zivilgesellschaft müssen neue Allianzen gebildet werden, die den Umbauprozess fördern. Wer zur Lösung dieser Aufgabe allein auf den Markt und den „Wettbewerb als Entdeckungsverfahren“ (Hayek) setzt, wird nichts erreichen. Von daher geht es um eine Gemeinschaftsanstrengung, die alle Bereiche der Gesellschaft einbezieht - von der Kultur bis zur Rechtssetzung.

Doch noch immer wird quantitatives Wachstum, die Philosophie des Mehr, Schneller und Höher, als vermeintliches Erfolgsmuster gesehen. Nach dieser Maxime muss ständig mehr produziert werden, denn hiervon sei alles abhängig, auch Beschäftigung und Sozialsysteme. Dabei ist zumeist nicht einmal das jeweilige Produkt von Bedeutung, sondern nur dessen erfolgreicher Absatz. Nicht

die Qualität entscheidet, sondern die Quantität - ohne Rücksicht auf die Folgekosten und auf langfristige Wirkungen. Die Konsumenten sollen möglichst viel Geld zur Verfügung stellen, um die Produkte zu besitzen oder zu nutzen. So entsteht ein Kreislauf, der nur ein Ziel kennt: Monetäres Wachstum.

Wir geraten immer tiefer in eine Sackgasse. Die einseitige Orientierung an dem Wachstum des Kapitals, dritter Faktor im Wirtschaftsprozess, zehrt gleichsam die beiden anderen – Arbeit und Natur – aus. Das entspricht der heutigen Erfahrung in den hoch entwickelten Industriestaaten: Die Arbeitslosigkeit verharrt auf hohem Niveau und die Umweltzerstörung wird nicht gestoppt. Wenn dagegen die Energie- und Ressourceneffizienz im Vordergrund steht, werden Unternehmen hochwertige, recyclebare Produkte mit weniger Materialeinsatz und in der Regel kostengünstiger produzieren. Zumindest sind höhere Preise vorerst nicht zu erwarten, denn die wirtschaftlichen Grenzkosten sprechen für eine Vermeidung hoher Material- und Energieeinsätze, ebenso die Reduktion der Folgekosten. Das eröffnet Vorteile für dezentrale Lösungen, weil sie die höchsten Effizienz- und Einsparpotentiale erschließen. Das wiederum stärkt die regionalen Wirtschaftskreisläufe.

Diese Strategie zeigt einen Ausweg aus der Wachstumsproblematik auf. 1968 wiesen Radovan Richta und sein Forscherteam auf die problematischen Folgen der ungebremsten wissenschaftlich-technischen Revolution für die Produktionsverhältnisse hin und forderten eine Abkehr vom extensiven Wachstum. Nur so könne mehr Lebensqualität verwirklicht werden. Diese zwar sehr technokratisch ausgerichtete „Politische Ökonomie für das 20. Jahrhundert“ wurde zu einem wichtigen Dokument in der Zeit des Prager Frühlings.

Anfang der 1970er Jahre zeigte auch Dennis L. Meadows auf, dass das Wachstum der Volkswirtschaften Grenzen erreichen wird. Er machte das fest an den absehbaren Knappheiten bei Rohstoffen und am Bevölkerungswachstum. Die „Naturschranke“, die Überlastung der Stoffkreisläufe durch den anthropogenen Klimawandel, wurde damals noch nicht thematisiert. Doch hierin liegt wahrscheinlich die größte Herausforderung.

Eine Berücksichtigung der „ökologischen Grenzen des Wachstums“ findet im Verhalten von Unternehmen und Konsumenten nahezu nirgendwo statt. Eine Änderung von Verhaltensmustern erfolgte bislang allerdings in der Regel erst dann, wenn die Folgen für die Menschen und Wirtschaftsbeteiligten negativ spürbar und nachdrücklich erfahrbar werden. In der globalen Epoche ist eine solche Reaktionsweise überhaupt nicht mehr zu vertreten. Aufgrund der zeitlichen und räumlichen Dimen-

sion des Klimawandels oder der Ausrottung der Arten heißt Verantwortung, die absehbaren Folgen frühzeitig verhindern.

Für *Hans Jonas* gibt es eine Pflicht zur Bewahrung der menschlichen Existenz, auch für die Bedürfnisse künftiger Generationen. Mit dem Wandel der Technik müsse die Ethik zur „Fernstenliebe“ erweitert werden. Anknüpfend an *Immanuel Kants* kategorischen Imperativ forderte Jonas im „*Prinzip Verantwortung*“: „Handle so, dass die Wirkungen deiner Handlungen verträglich sind mit der Permanenz echten menschlichen Seins“. Nachhaltigkeit entspricht diesem ethischen Imperativ.

Der erste Schritt: eine Effizienzrevolution

Die Chancen, umzusteuern, sind da. Die Knappheit der Rohstoffe und die Umweltzerstörung begründen einen weltweit wachsenden Markt für Umwelttechnologien und Umweltinnovationen. Die Basis unserer Volkswirtschaft muss schneller umgestaltet werden, damit die Produktion nachhaltig wird. Das ist möglich: Exergetisch betrachtet, weist der heutige Verbrauch Energieverluste bis zu 90 Prozent auf. Zugleich zeigt das Erfolgsmodell „Erneuerbare Energien Gesetz“, dass die Zukunft den Solartechnologien gehören wird.

In der ersten Etappe zur Nachhaltigkeit wird die Effizienzsteigerung des Ressourceneinsatzes zum zentralen Handlungsfeld bei der Güterbereitstellung. Dadurch muss ein gezieltes Wachsen und Schrumpfen erreicht werden – Wachsen muss das, was umweltverträglich ist. Schrumpfen das, was die Natur zerstört. Dadurch können Umweltbelastungen deutlich reduziert und nicht nur wertvolle Rohstoffe, sondern in erheblichem Maße auch Kosten gespart werden. Das Ziel der Effizienzrevolution ist nicht allein die Entkopplung des Wachstums vom Ressourcenverbrauch, sondern dessen absolute Senkung.

Trotz der großen Chancen wurde die Tragweite einer Effizienzrevolution bisher kaum erkannt, während die Senkung der Arbeitskosten fast täglich gefordert wird. Dabei hat die Steigerung der Energie- und Ressourceneffizienz als Handlungsfeld für Kostensenkungen und Innovationen ein wesentlich höheres Potential als die konventionellen Strategien. Die Volkswirtschaft, der es gelingt, die Ressourcen besonders effizient zu nutzen, schafft frühzeitig die Infrastruktur, die künftig Wettbewerbsvorteile bringt und zu mehr Beschäftigung und Wertschöpfung führt.

Deutschland kann hierbei die Vorreiterrolle einnehmen. In fast allen dieser Technologiebereiche hat Deutschland eine Spitzenposition oder ist sogar Weltmarktführer. Auch das Beispiel erneuerbare Energien zeigt, dass „Made in Germany“ für die ökologischen Zukunftssektoren steht. Das Gesetz trat 2001 in Kraft und hat bis heute den Anteil des Solarstroms in unserem Land fast verdreifacht. 48 Staaten folgen bereits dem deutschen Weg. Und während Massenprodukte, zuletzt die Nokia-Produktion in Bochum, unter starken Druck der Niedriglohnländer geraten, ist bei diesen Qualitätsprodukten ein gegenläufiger Trend zu beobachten.

Mit der Effizienzsteigerung und dem Ausbau der erneuerbaren Energien wird eine Neuorientierung bei der Bereitstellung der Güter und Dienstleistungen möglich. Qualitativ hochwertige Produkte, die durch längere Haltbarkeit, gesteigerte Verwertungskaskaden oder ein intelligentes Ressourcendesign sowohl ökologische als auch ökonomische Vorteile aufweisen, werden auf dem Weltmarkt immer stärker nachgefragt. Das sind Fähigkeiten, über die die deutsche Wirtschaft in einem hohen Maß verfügt.

Neben der Umorientierung bei der Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen ist auch beim Konsum ein Umdenken in Richtung ökologischer Effizienz zwingend notwendig. Im Durchschnitt braucht ein Bürger unseres Landes etwa 80 Tonnen feste Stoffe und 600 Tonnen Wasser pro Jahr. Deutschland ist mit schweren ökologischen Rucksäcken bepackt. In Japan, wo die 1990er Jahre eine „Dekade der Ressourcen“ waren, kommt man pro Kopf mit etwa der Hälfte aus. Das heißt: Ehrgeizige Ziele für einen geringeren Rohstoffeinsatz sind ohne Komfortverluste möglich. Anders können die japanischen Erfahrungen nicht gewertet werden.

Der Schlüssel für diese Modernisierung liegt in Dienstleistungen mit dem Ziel einer Kreislaufwirtschaft auf der Basis hoher Materialqualität und Wiederverwertbarkeit. Die ökologische Wissensgesellschaft macht dies möglich. So kann bei Bauen und Wohnen der Verbrauch durch eine effizientere Nutzung und mehr Recycling der Materialien in den nächsten 20 Jahren halbiert werden. Im Energiebereich kann bis Mitte des Jahrhunderts die 2.000 Watt-Gesellschaft (Leistungsbedarf pro Kopf) gegenüber heute 5.500 Watt verwirklicht werden, rund zwei Drittel davon mit Hilfe der erneuerbaren Energien. Bei bestehenden Gebäuden lassen sich mit intelligenten Technologien bis zu 90 Prozent des Energiebedarfs sparen.

Zur Effizienz gehört auch der Verzicht auf Atomkraft. Wir *können* den Atomausstieg mit der Versorgungssicherheit vereinbaren, aber wir *müssen* uns ihn für eine Effizienzrevolution und den Kli-

maschutz leisten. Atomkraft ist ein Innovationshemmnis: Der Bau eines Atomkraftwerkes dauert viele Jahre und bindet Kapitalmengen in Höhe von zwei Milliarden Euro und mehr. Hinzu kommen die Systemzwänge der Verbundwirtschaft: Die marktbeherrschende Stellung weniger großer Energiemultis und ihr immanenter Zwang zur möglichst hohen Auslastung der Kapazitäten blockieren die Öffnung hin zu dezentralen, erneuerbaren Energiequellen. Investitionsmittel werden an eine nicht zukunftsfähige Energieform gebunden und stehen damit der Entwicklung von erneuerbaren Energien und Effizienztechnologien nicht zur Verfügung.

Die Atomkraft ist außerdem eine *nicht-nachhaltige* Innovation: Atomkraftwerke sind und machen verwundbar. Die Proliferationsgefahr ist immanent. Der kurze Nutzen steht in keinem Verhältnis zu dem strahlenden Atommüll. Diesen Gefahren müssen wir uns nicht aussetzen, denn das Potenzial bei der Energieeffizienz ist enorm. Effizienz heißt, z. B. die Leerlaufverluste bei Elektrogeräten zu reduzieren. Beispielsweise wird die Stromerzeugung von zwei Atomkraftwerken für Geräte im Standby-Modus verschwendet.

Effizienz heißt optimale Wärmedämmung, denn Gebäude lassen sich so bauen und mit effizienten Technologien ausstatten, dass sie 90 Prozent des heutigen Energieumsatzes einsparen und im Sommer keine Klimaanlage brauchen. Die energieeffizientesten Kühl- und Gefriergeräte sind zwei- bis dreimal so effizient wie Standardgeräte. Mit allen effizientesten Haushaltsgeräten ließen sich sieben Atomkraftwerke wegsparen. Energiesparlampen sind etwa fünfmal so effizient wie Glühlampen. 70 Prozent der deutschen Beleuchtung ist noch immer konventionell.

Dennoch reicht Effizienz allein nicht aus, da die wachsende Zahl der Konsumenten und ihre steigende Kaufkraft Erfolge immer wieder auffressen (Rebound-Effekt). Effizienzstrategien erreichen allein nicht die dringend nötige absolute Reduktion im Energie- und Ressourcenverbrauch und die erforderliche Umweltentlastung. Notwendig ist auch eine Suffizienz- und Konsistenzstrategie. Alle drei sind für sich wichtig, aber gehören auch zusammen.

Mit Effizienz und Einsparen lässt sich, wenn alle Potenziale ausgeschöpft werden, der heutige Energieumsatz bereits halbieren. Durch Einsparen ist eine Verringerung um fünf bis acht Prozent möglich, durch technische Maßnahmen um 42 bis 45 Prozent. Und dann steigt der Anteil der erneuerbaren Energien noch stärker an, also weit über die 20 Prozent an der Endenergie, wie heute bis zum Jahr 2020 prognostiziert wird. Klar ist, dass in Zukunft vor allem der Energieeinsatz pro Einheit des Bruttosozialprodukts die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes und die Investorenentschei-

dungen bestimmen wird. Deutschland hat sich in der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie verpflichtet, die Energieproduktivität gegenüber 1990 bis 2020 zu verdoppeln. Dagegen ist Suffizienz ein bewusster Verzicht, heißt jedoch nicht Frieren, autolose Gesellschaft oder zurück ins 18. Jahrhundert.

Zur dritten Säule, Konsistenz, gehören Lösungen, die in sich nachhaltig sind, aber Konsum möglich machen. Ihr kommt vor allem vor dem Hintergrund des großen Nachholbedarfs in den Entwicklungs- und Schwellenländern eine große Bedeutung zu. So beispielsweise die erneuerbaren Energien. Beim Strom hat Deutschland durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) aus dem Jahr 2000 bei Strom die Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien um 14,7 Prozent beschlossen. Bis 2020 sind 30 Prozent erreichbar. Erneuerbare Energien sparen im Strombereich bereits heute 56 Millionen Tonnen CO₂. Regenerative Energien werden in zehn Jahren in vielen Anwendungsbereichen kostengünstiger sein als konventionelle Energien. Deren Kosten steigen, während Solarstrom immer kostengünstiger wird. Solare Ziele müssen für den gesamten Ressourcenverbrauch aufgestellt werden.

Insgesamt müssen Produktionsweisen und Konsumverhalten schrittweise an die ökologischen Anforderungen herangeführt werden. Das macht nicht der erhobene Zeigefinger, sondern die Überzeugung, dass unser persönliches Wohlbefinden nur zum Teil aus den monetären Möglichkeiten des Einzelnen resultiert. Hierin liegt der kulturelle Schlüssel für mehr Lebensqualität. In einigen Konsumbereichen ist dies bereits zu beobachten, beispielsweise bei Bio-Lebensmitteln. Hier gibt es eine höhere Zahlungsbereitschaft für qualitativ bessere Produkte, weil auch deren Nutzen höher eingeschätzt wird.

Die Verwundbarkeit der menschlichen Sicherheit

Wie elementar intakte Ökosysteme für eine stabile, friedliche und dauerhafte Gesellschaft sind, hat der amerikanische Umwelthistoriker Jared Diamond in seinem Bestseller „Kollaps“ beschrieben: Kulturen, die es nicht gelernt haben, ihre Umwelt nachhaltig zu bewirtschaften, brachen zusammen: die Kulturen auf den Osterinseln, die Anasazi im heutigen Mittelwesten der USA, die Maya, die Wikinger auf Grönland. Diamond nennt China aufgrund seiner gravierenden Umweltprobleme einen „torkelnden Riesen“.

Der Umwelthistoriker verweist aber auch auf Kulturen, die durch Einführung nachhaltiger Strategien überlebt haben. Japan hat nach Jahrhunderten massivsten Kahlschlags bis 1700 eine nachhaltige Forstwirtschaft eingeführt und damit ein Schicksal wie das der Osterinseln abgewendet. Allerdings treibt Japan heute, wie andere Industrieländer, den Raubbau an den Wäldern anderer Länder mit voran.

Die Lehren aus Diamonds Buch zu ziehen, ist in der globalen Wirtschaft und Gesellschaft überlebenswichtig. Heute ist nicht nur eine lokale oder regionale Kultur bedroht. Global betriebener Raubbau, global betriebene Energie- und Ressourcenverschwendung und globaler Klimawandel gefährden das Leben auf dem ganzen Planeten. Ein generelles Umdenken ist erforderlich, denn wachsender Wohlstand zog weltweit steigenden Energie- und Ressourcenverbrauch und mehr Müll und Emissionen nach sich.

Auch die Verteilungskonflikte um Energie und Rohstoffe drohen verstärkt zu einer Quelle nationaler und zwischenstaatlicher Auseinandersetzungen zu werden, zumal da bis zum Jahr 2030 weltweit mit einer wachsenden Energienachfrage von 60 Prozent zu rechnen ist. Heute nutzen nur rund 1,3 Milliarden Menschen ca. 70 Prozent der kommerziellen Energie. Durch die wachsende Nachfrage vor allem in China und Indien nimmt nicht nur der Verbrauch rasant zu, sondern verschärft sich zugleich die Konkurrenz zwischen den Energieverbrauchern. Zudem haben knapp zwei Milliarden Menschen noch keinen Zugang zu einer gesicherten Energieversorgung. Hohe Energiepreise drängen Entwicklungsländer aus dem Markt und zehren die öffentliche Entwicklungshilfe auf.

Die Folgen der Verteilungskonflikte zeigen sich bereits in unterschiedlichen Formen. China verfolgt einen neo-merkantilistischen Ansatz durch den Kauf von Öl- und Gasfeldern. Das setzt das westliche Marktmodell unter Druck, zumal das Land gesetzte Standards unterbietet.

Aber auch die westlichen Industriestaaten verfolgen keine einheitliche Strategie, weder gegenüber den Produzentenländern noch bei globalen Aufgaben wie dem Kyoto-Prozess und den Nachfolgeverhandlungen. Vor allem zwischen der Europäischen Union und den USA verschärfen sich die Konflikte. Oftmals werden in Förderländern der Dritten Welt mit westlicher Hilfe Korruption und Klientelwirtschaft gefördert oder zumindest geduldet. In Afrika gibt es dafür zahlreiche Beispiele.

Die bestehende Energieinfrastruktur stammt aus der Zeit vor dem 11. September 2001 und hat eine hohe Verwundbarkeit. Dennoch denken einige Länder über eine verstärkte Nutzung der Atomkraft nach. Damit könnte sich die Proliferationsproblematik, die mit dem Iran und Nordkorea deutlich

wurde, vervielfältigen. Die Gefahren resultieren nicht nur aus dem militärischen Missbrauch und der terroristischen Dimension der Nutzung der Atomkraft. Auch Raffinerien, Pipelines und wichtige logistische Stellen wie die Meerenge von Hormuz sind Risiken. Energiepolitik wird zum Thema der Außen- und Sicherheitspolitik.

In der Konsequenz zeigen sich zwei unterschiedliche Lösungspfade: Entweder wird die Sicherung der Energieversorgung zu einer militärischen Aufgabe oder es kommt zu einer zivilen Antwort, zu der internationale Rohstoffallianzen ebenso gehören wie die Nutzung und Verbreitung moderner Technologien für eine effiziente oder erneuerbare Energienutzung. Kooperative Energiesicherheit muss regional und weltweit organisiert werden. Immer stärker wird bereits über eine Energie- und Rohstoff-KSZE gesprochen, also einer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in den Ressourcenfragen.

Energiesicherheit ist Friedenspolitik. Die EU muss ihre Anstrengungen für dieses Ziel verstärken – sowohl im Zusammenschluss der Verbraucherländer als auch durch Allianzen, in denen die EU-Staaten moderne Energietechniken in Gegenleistung für Versorgungssicherheit zur Verfügung stellen. Eine besondere Bedeutung hat die Zusammenarbeit mit dem Rohstoffgiganten Russland, zumal dieses Land künftig eine Schlüsselrolle einnehmen wird.

Die Alternative, die Günter Grass beschrieben hat, ist klar: Nur wenn es weit mehr zu Einsparen, Effizienz und erneuerbaren Energien kommt, werden der noch immer zunehmende Energiehunger der Industrienationen und der rasant wachsende Energiebedarf der großen, bevölkerungsreichen Schwellenländer keine dramatischen Folgen nach sich ziehen. Energie- und Ressourcensicherheit heißt, vermeidbare Energieeinsätze über die gesamte Prozesskette zu reduzieren, ohne Abstriche bei den gewünschten Leistungen wie behagliche Raumwärme, konstante Stromleistungen oder eine bequeme Mobilität zu machen. Andernfalls nehmen die Konflikte dramatisch zu.

Das Prinzip der Energie- und Ressourcendiensteleistungen setzt auf das Vermeiden von Energie im Zusammenspiel mit dem forcierten Ausbau der erneuerbaren Energien. Das „Einsparkraftwerk“ rechnet sich durch eine Vielzahl technischer, organisatorischer und kultureller Maßnahmen mehr als der Ausbau von Mega-Watt. Der Ökonomie des Vermeidens gehört die Zukunft. Wenn sich die drei Säulen Einsparen, Effizienzsteigerung und erneuerbare Energien/ nachwachsende Rohstoffe durchsetzen, ergibt sich eine fünffache Dividende:

- Wir gewinnen mehr Freiheit durch den schonenden, effizienten und innovativen Umgang mit Energie und Rohstoffen. Er bewahrt künftigen Generationen Frieden und Demokratie.
- Wir entschärfen Verteilungskonflikte, wenn das Prinzip der Energie- und Rohstoffintelligenz zum Vorbild für die Entwicklungs- und Schwellenländer wird.
- Wir verringern die Gefahr einer globalen Klimakatastrophe, die nicht nur mit hohen Kosten verbunden sind, sondern auch die Welt spaltet, verletzt und unfriedlich macht.
- Wir erschließen die Märkte der Zukunft und leisten durch geringere Energiekosten einen Beitrag zur Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit. Arbeit und Umwelt schaffen mehr qualifizierte Beschäftigung.
- Wir leisten einen aktiven Beitrag zur Sicherung des Friedens in der Welt und für eine faire und kooperative Zusammenarbeit mit den Förderregionen.

Die Selbstbehauptung Europas

Die Europäische Union hat in der Globalisierung große Chancen, wenn die ökologische Modernisierung zum Markenzeichen ihrer Politik wird. Sie kann damit ihr wichtigstes Erbe, die soziale Demokratie und den Zusammenhalt der Gesellschaft bewahren, und mit den Anforderungen der Zukunft in Einklang bringen. In der Konkurrenz mit dem amerikanischen Marktradikalismus und den asiatischen Entwicklungs-„Diktaturen“ muss Europa einen eigenen Weg gehen. Das kann nur der Weg der Nachhaltigkeit sein. Er wird den alten Kontinent stärken. Europa kann sich dann behaupten und neue Stärke gewinnen.

Schon heute nimmt Europa bei der ökologischen Modernisierung eine Vorreiterrolle ein, insbesondere im Kyoto-Prozess und den Folgeverhandlungen für mehr Klimaschutz. Bei der Lissabon-Strategie werden die Chancen der ökologischen Wissensgesellschaft allerdings bisher nicht ausreichend genutzt. Umso mehr muss es zu einer besseren Koordinierung, institutionellen Abstimmung und Ausweitung bei der Steigerung der Energie- und Ressourcenproduktivität kommen. Mit den ehrgeizigen Beschlüssen für eine integrierte Energie- und Klimapolitik vom 8. März 2007, in denen sich die Mitgliedsstaaten für eine Steigerung der Energieeffizienz, eine Reduktion der klimaschädlichen Kohlendioxidemissionen und einen Ausbau der erneuerbaren Energien jeweils um 20 Prozent verpflichten, hat die EU dafür wichtige Weichen gestellt.

Die sozialökologische Wende ist jedoch eine gewaltige Herausforderung, denn es geht nicht um Teilkorrekturen, sondern um ein neues Modell von Zivilisation, das Wachsen und Begrenzen miteinander verbindet, ebenso soziale Solidarität mit den Interessen künftiger Generationen. Europäische Energie- und Umweltpolitik muss Gerechtigkeits- und Innovationspolitik sein. Der alte Kontinent erfindet sich dann neu.

Unser Land hat dann gute Chancen auf dem wachsenden Weltmarkt für Umweltgüter, denn zwei Jahrzehnte ambitionierter Umweltpolitik haben wichtige Grundlagen geschaffen, die eine Chance und keine Belastung sind.

(Februar 2008)

*Michael Müller (*1948) studierte Ingenieurwesen, Betriebswirtschaft und zusätzlich Sozialwissenschaft. Seit 1983 gehört er dem Deutschen Bundestag an. Er hatte verschiedene Funktionen im Bereich Umwelt und Energie inne, darunter umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion. Seit 2005 ist er Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.*